

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 08/23-27) des Beirates Neustadt
am Donnerstag, den 04.04.2023,

in der Mensa der Oberschule am Leibnizplatz, Schulstraße 24, von 19:00 bis 21:49 Uhr

Anwesend:

Christian Kok	Janne Müller	Udo Schmitz
Gabriele Mahro	Colin Nolte	Kai Stührenberg
Vibke Martens	Jens Oppermann	Martina Tallgauer-Bolte
Marlin Meier (ab 19:30 Uhr)	Johannes Osterkamp	Marcus Tödtheide

Fehlend: Ulrike Heuer (e), Britta Schmidt (e), Azalea Rahman (e), Lars Köke, Anke Maurer, Renee Wagner

Referent:innen: Herr Peper (Peper & Söhne GmbH), Frau Tegeler und Frau Wesser (swb Services AG & Co. KG), Frau Dietze (Neustadt Stadtteilmanagement e.V.)

Gäste: Herr Peper (Polizei Bremen), weitere Vertreter:innen der Polizei, der Presse und weitere interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Johannes Osterkamp (BS), Vibke Martens (BS)

Protokoll: Viktoria Hochlan (Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Abkürzungen: BM = Beiratsmitglied, BS = Beiratssprecher, OAL = Ortsamtsleitung, FA = Fachausschuss, KLdW = Klinikum Links der Weser

Da die Ortsamtsleitung krankheitsbedingt verhindert ist, wird vorgeschlagen, dass gemäß § 14 Abs. 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter vom 02.02.2010, zuletzt geändert durch Ortsgesetz vom 02.02.2021 der Beiratssprecher, Herr Johannes Osterkamp, und die Beiratssprecherin, Frau Vibke Martens, vertretend die Sitzung leiten. Danach behalten die Beiratssprecher das Stimmrecht. Eine Beschlussfassung des Beirates ist nötig.

Beschluss: Der Beirat Neustadt beschließt die Leitung der Sitzung des Beirates Neustadt am 04.04.2024 durch die beiden Beiratssprecher. (einstimmig)

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Genehmigung des Protokolls vom 29.02.2024 (Nrn. 07/23-27)

Beschluss: Der vorliegende Protokollentwurf wird ohne Änderungen genehmigt. (9 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

TOP 3. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten

• **Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten**

- Zunächst meldet Hr. Peper der Polizei Bremen, Revierleitung Neustadt, sich zu Wort, um von der aktuellen Situation am Lucie-Flechtmann-Platz und am Hohentorspark zu berichten. Er teilt mit, dass die suchterkrankten Menschen den Umzug gut annehmen würden. Am Hohentorspark sei die Dynamik insgesamt eher friedlich, im Gegensatz zu der am Lucie-Flechtmann-Platz. Die Polizei sei an dem neuen Platz für den Szenetreff am Hohentorspark sehr präsent und suche auch das Gespräch mit den suchterkrankten Menschen. Unordnungserscheinungen und Auseinandersetzungen könnten jedoch nie ganz vermieden werden. Auf die Rückfrage eines Bürgers nach erhöhter Polizeipräsenz im Bereich des Hohentorsparks entgegnet Herr Peper, dass der Bereich, genauso wie zuvor der Bereich um den Lucie-Flechtmann-Platz, höher frequentiert aufgesucht werde. Er empfehle jedoch immer in Gefahrensituationen oder bei der Sichtung von Straftaten die 110 zu kontaktieren.

- Ein weiterer Bürger gibt an, dass er in der näheren Umgebung des Hohentorsparks wohne und es bereits vor dem Umzug des Szenetreffs zu unangenehmen Situationen gekommen sei. So sei er um 02:00 Uhr nachts von einer fremden Frau wach geklingelt und von dieser nach einem Bier gefragt worden. Daraufhin habe er die Polizei gerufen und sei dort auf wenig Verständnis und Unterstützung gestoßen.
Auch sei es ihm ein Anliegen, die Wartezeiten auf Termine in den Bürgerämtern zu verkürzen. Die Urlaubszeit stehe bevor und die Menschen müssten nun vermehrt neue Ausweise und Reisepässe beantragen. Es sei nicht zumutbar, dafür ständig nach Bremen-Nord fahren zu müssen. Der BS gibt an, dass dieses Thema erneut in dem Koordinierungsausschuss des Beirates beraten werde.
- Eine Bürgerin meldet sich ergänzend zu der Thematik des Szenetreffs am Hohentorspark zu Wort. Sie wolle wissen, für die Nutzung wie vieler Menschen täglich dieser Platz kalkuliert sei und wie lange der Container dort stehen werde. Ihr sei aufgefallen, dass dort lediglich eine Dixi-Toilette zur Verfügung stehe.
Der BS erläutert daraufhin, dass dieser Standort zunächst für ein Jahr befristet sei und zum Ende dieses Zeitraumes evaluiert werde, ob der Standort weiterhin eine geeignete Möglichkeit für den Szenetreff darstelle bzw. welche weiteren Möglichkeiten sich bis dahin ergeben hätten. Wichtig sei jedoch, dass Menschen mit Suchterkrankung, anders als im Bereich am und um den Bremer Hauptbahnhof, nicht verdrängt werden sollten, sondern dass ihnen ein sicherer Ort zur Verfügung gestellt werde.
- Eine Bürgerin ergänzt hierzu, ob bekannt sei, wie die suchterkrankten Menschen sich von dem Areal am Hohentorspark wegbewegen würden. Sie nutze den Neustädter Bahnhof regelmäßig und fühle sich dort nicht sicher. Sie gehe immer mit Pfefferspray vor die Tür und bitte, um entsprechende Maßnahmen, um den Bahnhof sicherer zu gestalten.
Herr Peper gibt hierzu an, dass das Bahnhofsgelände nicht videoüberwacht werde und dies auch nicht vorgesehen sei. Es sei jedoch kürzlich eine neue Beleuchtungsanlage installiert worden. Er könne nicht einschätzen, ob sich nun vermehrt suchterkrankte Menschen an dem Bahnhof Neustadt aufhalten würden.
Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE gibt an, dass der Bahnhof Neustadt saniert werden solle. Die Planung diesbezüglich sei bereits abgeschlossen und der Bahnhof solle barrierefrei werden. Nichtsdestotrotz werde der Beirat sich mit der Thematik „Angstraum Bahnhof Neustadt“ auseinandersetzen. In diesem Zuge sei es sinnvoll, bei der Deutschen Bahn zu erfragen, wie die Sanierungspläne aussehen, um daran anschließend selbst Maßnahmen beraten zu können.
- Herr Schnecking von der Georg Elser Initiative e.V. meldet sich zu Wort. Er berichtet, dass die Städtische Deputation für Mobilität und Stadtentwicklung am 04.04.24 stattgefunden und die Weiterleitung der Thematik der Umbenennung der Langemarckstraße an den Senat beschlossen habe. Insgesamt erhalte die Initiative behördenseitig gute Signale.
Er betont, dass sämtliche behördliche Maßnahmen, die mit der Umbenennung einhergehen würden, wie die Adressänderung auf dem Personalausweis, für alle Anwohnenden kostenfrei durchgeführt würden. Überdies habe die Initiative eigene Mittel i.H.v. 100.000,00 €, die für eventuell anfallende Kosten zur Verfügung stehen würden.
Auch sei geplant, an bestimmten Orten Gedenktafeln aufzustellen, um über die Geschichten Langemarcks und Georg Elzers zu informieren. Auch diese Maßnahme werde aus eigenen Mitteln finanziert.
Ein BM der CDU Fraktion betont an dieser Stelle, dass die CDU gegen die Umbenennung der Langemarckstraße gestimmt habe. Die Gebühren für die behördlichen Änderungen, die die Bürger:innen nicht zu zahlen bräuchten, würden auf die Gemeinschaft umgelegt werden. Außerdem sei diese „Vergünstigung“ lediglich für Privatpersonen angedacht. Gewerbetreibende müssten die dadurch anfallenden Gebühren selbst zahlen.

Ein Mitglied der SPD-Fraktion entgegnet, dass [die Entscheidung eine Umbenennung der Lange-marckstraße zu beschließen](#), durch den Beirat, nach langer Entscheidungsfindung, demokratisch getroffen worden sei.

- Eine Bürgerin erwähnt, dass der Fährweg auf Höhe der Ausfahrt des Parkplatzes überflutet sei. Dort stehe ständig Wasser und man könne nicht trockenen Fußes die Straße passieren. Der Beiratssprecher verspricht, dieses Anliegen an das Amt für Straßen und Verkehr weiterleiten zu wollen. Außerdem habe sie gehört, dass am Lucie-Flechtmann-Platz zwei gefällte Bäume nachgepflanzt werden sollten. (Eine [Übersicht der geplanten Baumfällungen und Nachpflanzungen](#) können Sie [hier](#) einsehen.)
- Ein Bürger berichtet, dass er vertretend für die Anwohnenden des Buntentorsteinwegs zu dieser Sitzung gekommen sei. Ungefähr auf Höhe der Hausnummer 150, Nähe Schwankhalle, sei durch Vodafone ein 30m hoher Funkmast aufgestellt worden. Einige Anwohnende würden bereits erste gesundheitliche Beschwerden wegen der erhöhten Strahlung haben. Er habe sich bereits informiert und bei Masten über 10m Höhe bestünde eine Anzeigepflicht. Die Anwohnenden seien jedoch nicht über die Maßnahme informiert worden. Er habe sich bereits an Behörden gewandt und diese hätten ihm mitgeteilt, dass möglicherweise ein Abbau des Mastes über wasserschutzrechtliche Bestimmungen erwirkt werden könne. Der BS verspricht, dass dieses Thema im Koordinierungsausschuss beraten werde.
- **Berichte der Beiratssprecher**
 - ./.
- **Berichte des Amtes**
 - ./.

TOP 4. Bericht aus dem Regionalausschuss Klinikum Links der Weser

Eine der Vorsitzenden des Regionalausschusses KLdW berichtet hierzu. Am 06.02.24 habe der Regionalausschuss LdW das erste Mal getagt. Während der konstituierenden Sitzung habe die inhaltliche Abstimmung der zukünftigen Ausschussarbeit im Fokus gestanden.

Es hätten bereits Gespräche mit den BS und OAL der Ortsämter stattgefunden. Sie könne berichten, dass 2028 alle Abteilungen des KLdW zu dem Klinikum Bremen-Mitte umziehen würden. Der Regionalausschuss habe mit der Kassenärztlichen Vereinigung eine Bedarfsermittlung in Auftrag gegeben, wie der Versorgungsbedarf auf dieser Weserseite sei. Auf Basis dessen könnten entsprechende Nachfolgeregelungen entwickelt werden.

Am 24.04.24 finde die nächste Sitzung des Regionalausschusses statt. Dort werde Hr. Dr. Weller des Gesundheitsressorts sprechen.

TOP 5. Vorstellung der Bauprojekte am Spurwerk

Vor Beginn seiner Präsentation moniert Herr Peper die bisherige Zusammenarbeit mit dem Beirat. Er habe in der Vergangenheit angestrebt, die Straße, die über das Areal des „Spurwerks“ führe, umzubenennen, da er die Straße selbst habe bauen lassen und sie erst im Nachgang als öffentliche Straße übertragen habe. Es sei ihm missfallen, dass er in die Entscheidungsfindung nicht involviert worden sei. Der BS habe sich jedoch bei ihm entschuldigt und diese Entschuldigung habe er angenommen.

Zum Tagesordnungspunkt erfolgt eine [Präsentation](#) durch Herrn Peper, Geschäftsführer des Projektbüros Peper & Söhne GmbH.

Im Anschluss bedanken sich die BM. Ein BM der Fraktion DIE LINKE empfiehlt zur Findung passender Mietender zur Abdeckung der Gastronomie den Kontakt zum Stadtteilmanagement oder dem Eigentümer des Defibrillator aufzunehmen. Außerdem wisse er gerne, ob ein Supermarkt auf dem Gelände geplant sei und wie teuer das Parkhaus sei.

Ein Mitglied des Beirates der GRÜNEN erkundigt sich, ob etwas im Bereich Gesundheit geplant sei.

Herr Peper entgegnet, dass das Parkhaus sich alleine nicht rechne. Es seien 430 Stellplätze geplant und diese würden ca. 12.000 € einbringen.

Ein Supermarkt könne gerade im Bereich B des Areals gut passen. Problematisch sei, dass das Nahversorgungskonzept hier keinen Supermarkt vorsehe. Es seien jedoch bereits Supermarktbesitzende auf ihn zugekommen.

Der BS gibt an, diese Problematik im Koordinierungsausschuss des Beirates näher zu beraten.

Außerdem gibt Herr Peper an, dass im Bereich Gesundheit bisher nichts fest geplant sei. Es hätten bereits Gespräche mit einigen interessierten Praxen und Ärzt:innen stattgefunden, zu einer Vertragsunterzeichnung sei es noch nicht gekommen.

Ein Bürger äußert den Wunsch nach einem Technikmuseum auf dem Gelände.

Ein weiterer Bürger fragt, ob das Parkhaus auch durch Anwohnende genutzt werden dürfe.

Hierauf entgegnet Herr Peper, dass das Parkhaus definitiv nicht voll ausgelastet sein und er diese Möglichkeit prüfen werde.

TOP 6. Vorstellung zur regionalen Wärmeplanung der SWB

Es wird eine [Präsentation](#) durch Frau Wesser und Frau Tegeler, Quartiersentwicklung der swb Services AG & Co. KG, zu diesem Tagesordnungspunkt gehalten.

Im Anschluss an die Präsentation geben die Referentinnen an, dass sie bereits einen aktuelleren Verfahrensstand in die Präsentation eingearbeitet hätten und dem OA die aktualisierte Präsentation zukommen lassen würden, sodass diese veröffentlicht werden könne.

Die BM bedanken sich für die Präsentation. Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE gibt an, dass er die Wärmewende für notwendig erachte und wisse gerne, welche Umweltauswirkungen es habe, wenn kälteres Wasser wieder an die Weser zurückgegeben werde.

Außerdem werde dringend ein Standort für Kinder und Jugendliche benötigt. Vielleicht stelle der Hentorshafen eine geeignete Alternative dar.

Frau Wesser gibt an, dass sie laut Auflagen lediglich den Bolzplatz, nicht die Grünfläche daneben nutzen dürften. Es müsse jedoch wesernah gebaut werden. Beim Tabakquartier sei keine Weserwasserentnahme möglich.

Ein weiteres BM der Fraktion DIE LINKE schließt sich der Argumentation an und wünscht, dass eine Ersatzfläche mit der Unterstützung der swb AG gefunden werde.

Frau Wesser entgegnet, dass sie den Wünschen diesbezüglich offen eingestellt sei und bereits um eine Flächenfindung bemüht sei. Es sei jedoch wichtig hier die Interessen aller Haushalte, die durch die Flusswärmepumpe profitieren würden, gegenüber den Kindern und Jugendlichen, die den Bolzplatz nutzen würden, abzuwägen.

BM der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und SPD fragen, wie viele Haushalte durch diesen Bau abgedeckt würden und wie mit den Heizöl- und Gasnutzenden verfahren werde. Gebe es einen Nutzungszwang? Überdies wird betont, dass eine Ausgleichsfläche für den Bolzplatz gefunden werden müsse.

Frau Wesser und Frau Tegeler erklären, dass der Wechsel zur grünen Energie, dadurch auch die Fristen und Vorgaben, durch die Politik bestimmt worden seien. Es seien viele Möglichkeiten geprüft worden, wie man der Präsentation ebenfalls entnehmen könne. Die Zugänge zum Anschluss könnten online bereits reserviert werden. Wie genau die übrigen Haushalte versorgt werden könnten, wisse man nicht genau. Eine Möglichkeit sei die leitungsgebundene Fernwärmeversorgung. Es bestehe jedoch kein Nutzungszwang.

Einige Bürger fragen nach, wo die Leitungen verlegt werden sollen und was mit den dort gepflanzten Bäumen passieren werde.

Ein Bürger ergänzt, wie das Projekt finanziert werde und wie der Bau zeitlich geplant sei.

Hierzu antwortet Frau Wesser, dass das Projekt durch eine aktuell laufende Förderung des Bundes, die zum Ende des Jahres wegfallt, aus Steuergeldern finanziert werde. Aktuell würden sie sich noch im Planungshorizont befinden, die Zeit sei jedoch knapp, da das Projekt ohne die Fördergelder nicht realisiert werden könne.

Der Presssprecher der swb AG ergänzt, dass er nicht genau sagen könne, wo die Leitungen verlaufen werden. Dies werde vom Amt für Straßen und Verkehr vorgegeben. Definitiv würden die Leitungen jedoch unter der Asphaltdecke entlanglaufen. Die swb AG werde jedoch vor Aufbruch des Bodens ein Umweltgutachten erstellen lassen und jeden Baum entlang der Leitungen einzeln betrachten. Sollte es dazu kommen, dass ein Baum gefällt werden müsse, dann sei die swb AG zur Pflanzung eines Ausweichbaumes verpflichtet. Dies finde in enger Abstimmung mit dem Amt für Straßen und Verkehr statt.

Eine Bürgerin erkundigt sich, welche Alternativen geplant seien, da nach 2030 viele Haushalte nicht durch die vorgestellten Projekte der swb AG versorgt werden könnten.

Frau Wesser entgegnet, dass jede Kommune eine eigene Wärmeplanung ausarbeiten müsse und die hier vorgestellten Projekte lediglich zur Versorgung der vorderen Neustadt gedacht seien. Gesamtbremsen müsse für alle Stadtteile planen. Die swb AG sei jedoch gewillt, Bremen bei der Planung zu unterstützen und so jedem Haushalt eine nachhaltige Wärmelösung anbieten zu können.

Ein Mitglied der Fraktion SPD erkundigt sich, warum keine Vertretenden des zuständigen Ressorts anwesend seien. Die Entstehung eines Bolzplatzes auf dem Friesenwerder sei durch den [Beirat beschlos-](#)
[sen](#) worden. Es erschließe sich ihm nicht, warum diese Fläche aufgegeben werden solle. Im Dezember seien bereits Referierende der swb AG zur Vorstellung des Projektes (in einer nichtöffentlichen Fachausschusssitzung) gewesen. Danach hätte die swb AG erneut mit dem Beirat in Kontakt treten können. Es gebe an dieser Stelle zu viele Unklarheiten, um einen Beschluss fassen zu können. Daher beantrage er eine Vertagung dieser Debatte nach § 5 Abs. 1 GO des Beirates Neustadt.

Ein BM der Fraktion DIE LINKE schließt sich der Meinung des Vorredners an. Für Standortalternativen sei es eine Möglichkeit, sich an Parkplatzbetreibende zu wenden. Außerdem sei es der Entscheidungsfindung dienlich, von den beteiligten Behörden zu dieser Thematik Stellungnahmen einzuholen.

Frau Wesser erläutert, dass die swb AG erst vor 14 Tagen die Auflage erhalten habe, sich mit dem Beirat abstimmen zu müssen. Sollte der Beirat gegen die Bereitstellung des Geländes auf dem Friesenwerder stimmen, könne der Zeitplan nicht eingehalten werden, sodass die Förderung weg falle. Daher könne das Projekt dann nicht umgesetzt werden.

Ein Mitglied der SPD fordert, aufgrund des Wunsches nach einer zeitnahen Entscheidung, eine zusätzliche Sondersitzung des Beirates einzuberufen, um das Anliegen der swb AG zu besprechen und darüber zu beschließen.

Der BS erkundigt sich bei Frau Wesser und Frau Tegeler, bis wann eine Entscheidung getroffen sein müsse, damit das Projekt noch realisiert werden könne.

Frau Wesser antwortet, dass eine weitere Woche unproblematisch sei. Die Kurzfristigkeit liege an der Politik, da diese das Zeitfenster knapp festgesetzt habe, die swb AG jedoch seit anderthalb Jahren mit den politischen Akteuren in Gesprächen sei. Es sei bisher schwierig, die Planungsstände zu erreichen, daher sei eine zeitnahe Entscheidung wünschenswert.

Ein BM der Fraktion DIE LINKE gibt an, dass der Standpunkt der swb AG deutlich gemacht worden sei. Das Einholen der Stellungnahmen, sowie die Terminfindung seien in einer Woche schwer zu realisieren. Als Gegenargument zu dem Antrag auf Vertagung der Debatte könne er anführen, dass durch die swb AG eine Ausgleichsfläche gefunden werden könne.

Der BS beendet die Debatte mit der Abstimmung über die Vertagung der Debatte nach § 5 Abs. 1 GO des Beirates Neustadt.

Beschluss: Der Beirat Neustadt beschließt die Vertagung der Debatte über die Nutzung des Bolzplatzes in der Grünanlage Neustadtbahnhof / Friesenwerder für den Bau einer Flusswärmepumpe durch die swb AG nach § 5 Abs. 1 GO des Beirates Neustadt. (6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

TOP 7. Vorstellung zum SummerSounds 2024

Frau Dietze, Neustadt Stadtteilmanagement e.V., teilt mit, dass das SummerSounds seit 19 Jahren stattfindet und sich in den letzten Jahren zu einem der größten Musik- und Kulturfestivals in Bremen und über die Grenzen Bremens hinaus entwickelt habe. Neben Musik stünden ebenfalls Diversität, Nachhaltigkeit, nachbarschaftliches Engagement, Vernetzung und Integration im Vordergrund. Es gebe keinen Konsumzwang und das Festival sei auch in diesem Jahr wieder eintrittsfrei. Es solle vom 31.05.-02.06.2024 stattfinden.

Nichtsdestotrotz müsse das Festival finanziert werden. Die Folgen der Pandemie, Kriege und Inflation würden sich, laut Dietze, auch im Kulturbereich bemerkbar machen. Daher hoffe Sie, auf die finanzielle Unterstützung mittels Förderung aus den Globalmitteln durch den Beirat Neustadt. Es gelte der Voratz „kleiner denken“, da es nicht zur Debatte stehe, das Festival nicht stattfinden zu lassen. Dennoch sei Frau Dietze auf finanzielle Unterstützung angewiesen, was unter TOP 8. a) durch den Beirat diskutiert wird.

Alle BM bedanken sich bei Frau Dietze für ihre Ausführungen. Ein BM der SPD erkundigt sich, ob für das SummerSounds ebenfalls etwas Vergleichbares wie das Soli-Ticket geplant sei.

Frau Dietze gibt an, dass sie die Idee für kreativ erachte, sich etwas Derartiges für das SummerSounds jedoch nicht vorstellen könne. Eine niedrigschwelligere Option laufe bereits in Form einer PayPal-Kampagne.

Eine Bürgerin beginnt von allen Anwesenden Spenden zur Finanzierung des SummerSounds einzusammeln.

TOP 8. Beschlussfassung zu Globalmittelanträgen

a) Initiativantrag des Beirates zur Finanzierung des SummerSounds Festivals 2024 (Nr. 19/2024)

Ein BM der Fraktion SPD bittet das OA an dieser Stelle darum aufzuführen, welcher Betrag an Globalmitteln bereits beantragt und abgerufen worden ist und welches Budget dem Beirat noch zur Verfügung steht.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt 10.000,00 € für die Planung / Organisation und Durchführung des Musik- und Kulturfestivals SummerSounds 2024 zur Verfügung. (einstimmig)

b) Initiativantrag des Beirates zur Unterstützung des KulturPflanzen e.V. (Nr. 20/2024)

An dieser Stelle meldet sich eine Bürgerin, die selbst am Lucie-Flechtmann-Platz aktiv ist. Sie gibt an, dass die dort üblicherweise stattfindenden Aktionen aufgrund der steigenden Anwesenheit von Menschen mit Suchterkrankung im vergangenen Jahr nicht stattfinden konnten. Dieses Jahr sei jedoch wieder ein breites Programm geplant und die ersten Beete seien bereits bepflanzt. Durch die Verlegung des Szenetreffs sei bereits eine deutliche Verbesserung der Situation am Lucie-Flechtmann-Platz erkennbar, so dass die Hoffnung zur Umsetzung vieler Ideen in diesem Jahr groß sei. Die BM bedanken sich für die Erläuterung.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt dem Verein Kulturpflanzen e.V. 3.000 Euro aus seinen Globalmitteln zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie sowie einer Konzepterstellung für die Wiederbelebung

des kulturellen Lebens auf dem Lucie-Flechtmann-Platz zur Verfügung. (11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

Begründung: Aufgrund der Verdrängung von Menschen mit Suchterkrankung an anderen Orten in der Stadt wurde die Lucie im vergangenen Jahr zum Szenetreff. Der offene Drogenkonsum hat Umweltbildungsangebote unmöglich gemacht und die ehrenamtliche Arbeit sehr belastet. Trotz der herausfordernden Situation hat der Verein Kulturpflanzen e.V. gut besuchte Kulturangebote durchgeführt, darunter sechs große Flohmärkte mit jeweils über 1000 Gästen, sowie den Platz durch bauliche Umbaumaßnahmen und groß angelegte Pflanzungen weiter aufgewertet.

Eine alltägliche Belebung des Platzes, d.h. ein Verweilen von Anwohner*innen, das über das Besuchen von Kulturangeboten hinausgeht, blieb jedoch aus. Die negative mediale Berichterstattung über den Platz hängt noch nach.

Der Container steht inzwischen an einem neuen Ort am Hohentorspark. In einem nächsten Schritt muss eine Wiederbelebung des Platzes angegangen werden. Hierfür benötigt der Verein Kulturpflanzen e.V. finanzielle Mittel, um neben dem vor allem ehrenamtlichen Tagesgeschäft, konzeptionell tätig zu werden und eine Grundlage für die Wiederbelebung des Platzes zu schaffen. Ziel ist es den Platz und das Urban Gardening Projekt wieder positiv in den Köpfen zu verankern und Ideen für weitestgehende kulturelle Projekte zu entwickeln. Dies soll auch in Zusammenarbeit mit anderen Akteur*innen des Stadtteils geschehen.

c) Initiativantrag des Beirates zur Finanzierung der Moderation der Beiratsklausur am 12.04.2024, Antragssumme: 400,00 € (Nr. 18/2024)

Die BS gibt an, dass aufgrund der Erkrankung der OAL und der daraus resultierenden Vertagung der für den 12.04.24 angedachten Beiratsklausur, aktuell nicht über die Finanzierung der Moderation der Beiratsklausur beschlossen werden müsse. Daher werde in der nächsten Sitzung des Beirates am 02.05.24 über diesen Antrag entschieden.

d) Neusi's GeMo UG, Clubnight im Rahmen der Jazzahead 2024, Antragssumme: 1.180,00 € (Nr. 09/2024)

Der Betreiber der Neusi's GeMO UG äußert sich zu diesem Punkt. Es handele sich bei dem Repaircafé um einen wirtschaftlichen Betrieb, der auch coronabedingt einige Altlasten bewältigen müsse. Hierbei würden Veranstaltungen wie die Clubnight helfen. Die Durchführung derartiger Veranstaltungen sei jedoch kostspielig. Daher hoffe er auf die Unterstützung des Beirates.

Die BM bedanken sich für die Ausführungen.

Beschluss: Der Beirat Neustadt bewilligt 1.180,00 € für die Clubnight im Rahmen der JazzAhaed 2024 (12.04.2024 -13.04.2024). (einstimmig)

Ein BM der SPD-Fraktion bittet das OA darum, eine Aufstellung der bereits bewilligten und der noch zur Verfügung stehenden Globalmittel für 2024 an alle BM zu übersenden.

TOP 9. Verschiedenes

- ./.

Johannes Osterkamp
Beiratssprecher

Johannes Osterkamp
Sitzungsleitung

Viktoria Hochlan
Protokollführung